

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 80 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 14. Juni 1895.

Annahme von Inseraten Roßmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Hasle a. S. J. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Reinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Der Kaiser hat es befohlen, eine Abordnung des Allgemeinen deutschen Handwerkersbundes, welche ihm die Beschlüsse des im April zu Halle abgehaltenen 8. deutschen Handwerkertages zu überreichen gedachte, die erbetene Audienz zu bewilligen. Dazu bemerkt die „Nat.-Abk.-Korr.“:

„Das Organ des Bundes, die „Allgemeine Handwerkerzeitung“, führt diese Entscheidung auf Einflüsse zurück, die der Handwerkerbewegung nicht geneigt seien, es liegt jedoch Anlaß vor, die Gründe für den abschlägigen Bescheid anderswo als in dem Verlaufe des letzten Handwerkertages zu suchen. Es wurde dort und zwar nicht von Handwerkmännern, die an öffentlichen Auftritten nicht gewohnt sind, sondern von recht geschulten, zum Teil parlamentarisch geschulten Rednern eine Sprache geführt, wie sie zwar an sich nicht unerhört war, aber kaum jemals in einer Versammlung vernommen worden ist, die auf eine Duldbearbeitung des Monarchen reflektierte. Wir sehen ab von dem Tone, in dem die obligatorische Stimmung und der Befehlsgewalt nachgeordnet worden sind, und erinnern nur an die Art und Weise, wie sich der Handwerker über Genossenschaften, deren Förderung sich die Regierung des Kaisers und Königs anlegen sieht, in Rede und Bescheid ausgelassen hat. Der erste Satz aus der ersten der Resolutionen, die bei der Audienz überreicht werden sollten, lautet: „Der 8. Allgemeine deutsche Handwerkertag verurteilt die Konsumvereine als einen Uebergriff nach der Selbstherrschaft in die Politik und das Recht des Bürgers; er sieht in ihnen den Keim zu völliger Zerstörung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und Untergrabung der Monarchie in Folge ihrer sozialistisch-kommunistischen Tendenz.“ Aus den Verhandlungen ging hervor, daß der Vortragsnatter Selbstherrschaft nicht etwa nur gegen die Mitglieder von Genossenschaften, welche den Bezug von Gegenständen des Lebensbedarfs vermitteln, sondern auch gegen die Begründer und Mitglieder von Konsumvereinen, welche der Vervollständigung und Verbilligung der gewerblichen Produktion dienen, gerichtet werden sollte. Der Referent hatte die landwirtschaftlichen Konsumvereine, die ganz wesentlich und zumeist ausschließlich Einkaufsgenossenschaften zur Beschaffung des landwirtschaftlichen Bedarfs sind, ausdrücklich in die „verurteilten“ Vereinigungen mit einbezogen und der durch einen Widerspruch aus seiner Mitte auf die Tragweite des Beschlusses aufmerksam gemachte Handwerkertag hat der Resolution nach Zurückweisung jenes Einwandes durch seinen Vorbesitzenden zugestimmt. Der Referent, der Reichstagsabgeordnete Wegner, hatte seinen Vortrag nicht beendet, ohne diejenigen, welche Konsumvereine gründen, mit der Bezeichnung „Küchenbuben“ zu belegen. Vergewundert man sich ein solches Verhalten und erwägt zugleich, daß dem Landtag ein von drei Ministern des Kaisers und Königs unterzeichneter Gesetzentwurf vorliegt, welcher den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die Gründung namentlich auch von Einkaufsgenossenschaften zu begünstigen, so begreift sich der dem Handwerkerbund gewordene Bescheid ohne Weiteres.

— Großes Aufsehen erregt der soeben bekannt gewordene Uebertritt des Prinzen Friedrich von Schönburg-Waldenburg zu römischen Ritus. Die Konversion ist, wie dies zu gesehen pflegt, erfolgt, ohne daß der sächsische Grenz, in Leipzig, erfolgt. Prinz Friedrich, geboren am 17. September 1867 als Sohn des 1893 verstorbenen Fürsten Otto und der Fürstin Pamela zu Schönburg-Waldenburg, ist nach der „Kreuz-Ztg.“ Kientenant im königlich sächsischen Garde-Reiter-Regiment.

— Bei der Stadtverordneten-Versammlung ist folgender Antrag Widow und Genossen eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat um Auskunfts zu erfragen, ob

1. es richtig ist, daß durch Verfügung des königlichen Provinzial-Schulkollegiums die Anordnung getroffen ist, daß a. jüdische Lehrer und Lehrerinnen an den jüdischen Gemeindefschulen nur nach Maßgabe des Bedürfnisses des jüdischen Religionsunterrichts in Zukunft angestellt und hauptsächlich ihre Lehrtätigkeit im jüdischen Religionsunterricht ausüben sollen, daß ferner b. die Vertretung jüdischer Lehrkräfte zur ausüblichen Vertretung an den Gemeindefschulen auf die Ertheilung des jüdischen Religions-Unterrichts beschränkt werden soll, 2. ob und welche Maßnahmen im Falle die zu 1. erwähnten Anordnungen des königlichen Provinzial-Schulkollegiums wirklich erlassen sind, der Magistrat getroffen hat, bezw. ergreifen wird, um den in bezüglichen Anordnungen enthaltenen Bestimmungen des kommunalen Verordnungsrechts und Verletzungen der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Konfessionen entgegen zu treten.

Der Antrag ist von 47 Mitgliedern der drei liberalen Fraktionen der Versammlung unterzeichnet.

— Die Einführung des neuen Bürgermeisters von Beetz hat dem Landrat v. Stülpenberg Veranlassung zu folgender Anfrage gegeben: „Eine mehrjährige Wirtshauswirtschaft (am Samstags nicht anwesend), wie sie unter dem abgegangenen Bürgermeister geherrscht, hat das Vertrauen der Bürgererschaft erschüttert, dies haben Sie erst wieder zu erweisen. Ich übergebe Ihnen das Amt mit dem Erfuchen, strenge Gerechtigkeit walten und allen Einwohnern eine gleichmäßige Behandlung zu Teil werden zu lassen, auch ein wohlwollendes Entgegenkommen zu zeigen und durch Ihr eigenes Verhalten sowie das Ihrer Familie ein nachahmenswerthes Vorbild zu sein. Es ist der fünfte Bürgermeister der Stadt Beetz, mit dem ich jetzt in amtlichen Verkehr trete. Der erste war Herr Bürgermeister Borch, ein zwar sehr strenger Herr, aber ein ebenso tüchtiger Verwaltungsbeamter; mit dem zweiten Herrn Bürgermeister hatten Sie eine weniger günstige Wahl getroffen; der dritte, Herr Bürgermeister Lehmann, war ihnen 25 Jahre eine durchaus tüchtige Kraft, leider wurde ihm in den folgenden beiden Jahren die Amtsführung durch Krankheit sehr erschwert; über den letzten Bürgermeister will ich nur mit Schweigen hinweggehen.“ Dieser so drastisch gekennzeichnete Bürgermeister hieß Wiltner, der sein Amt vor einiger Zeit quittiert hat. Er muß, nach den Andeutungen des Landrats zu schließen, ein sonderbarer Dilettant gewesen sein.

— Der Stationsvorsteher v. Elch ist, wie die „N. Fr. Ztg.“ meldet, aus Ostafrika hier eingetroffen. Er gehörte schon der Wissmannschen Schutztruppe in Afrika als Kommandoführer an,

trat aber 1891 aus dieser aus. Dann begleitete er den Major v. Wissmann auf seiner Dampfer-Expedition nach dem Kongo und hatte als Abteilungsleiter einen bedeutenden Anteil an deren Gelingen. Herr v. Elch hat den eigentlichen Transport des Wissmannsdampfers vom Sambesi über das Schirehochland geleitet und dessen Zusammenführung bei Wimpiti überwacht. Er wurde vom Major v. Wissmann nach Flottmachung des Dampfers zum Leiter der Station Langenburg im Norden des Kongo ernannt und später nach der Uebernahme der Station durch das Reich von der Kolonialverwaltung in dieser Stellung bestätigt. Der Ausbau der Station wurde von ihm in die Hand genommen und vollendet. Von da machte er eine Reise nach Zumbo am Sambesi, um mit dem englischen Oberkommissar H. Johnston eine Landfrage zu regeln. Auch suchte Herr von Elch einen Weg aus unserem Gebiete nach dem Tanganika aufzufinden, wobei er Kämpfe mit dem Eingeborenen zu bestehen hatte. An der Expedition des Gouverneurs Herrn v. Sehe nahm er auch Anteil. Im vorigen Jahre wurde der Leutnant von Elch zu seinem Nachfolger als Leiter der Station ernannt, da Herr v. Elch zurückzukehren wünschte.

— Die Nachricht, daß die Regierung sich endlich entschlossen hat, die Alexianeranstalt in Marienberg zu schließen und die Brüder der Kongregation, die strafbarer Handlungen schuldig erschienen, in Haft zu nehmen, wird überall einen guten Eindruck machen. Ein besserer freilich würde noch erzielt sein, wenn es nicht erst des starken Druckes der öffentlichen Meinung bedürft hätte, um die Regierung zu diesen Schritten zu veranlassen. Die „Germania“ müht sich insofern ab, durch Anregungen aller Art die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Streitfrage mehr und mehr abzulenken. Sie will die Entscheidung gemacht haben, daß auch ärztliche Gutachten über das geistige Befinden von Brüdern in Widerspruch mit einander gestanden hätten. Als ob damit die traditionelle Behandlung der Irren im Alexianerkloster Marienberg entschuldigt würde! Eben weil die bisherige Irrenpflege und das Irrenrecht Mißgriffe nicht ausschließen, ist von einem großen Teile der deutschen Presse ein Einklang mit der öffentlichen Meinung eine Reform dieser Gefangenschaft namentlich in der Richtung gefordert worden, daß größere Sicherheitsmaßregeln für die Aufnahme geistig Kranker in Anstalten und für ihre Entlassungsgewährung getroffen werden. Noch weniger Eindruck aber wird das Blatt machen können mit den namenlosen Geschichten über Fälle, wo auch in anderen Anstalten Mißhandlungen von Irren vorgekommen sein sollen. So hat das wirklich der Fall gewesen, so hat das Blatt die Pflicht, mit seiner Kenntnis hervorzutreten, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können.

— Die Schließung der Krankenanstalt der Alexianer zu Marienberg soll, nach der „Köln. Ztg.“, in folgender Weise erfolgen: Erstens soll der Brüdern die selbstständige Annahme und Pflege der Kranken unterlagert werden; zweitens: von Staatswegen wird ein Verwalter eingesetzt, der nach eigenem Ermessen über die Verwendung geistlicher oder weltlicher Pfleger entscheiden kann; drittens: die Provinzialverwaltung wird bald Ärzte nach Marienberg entsenden, welche bestimmen, ob die von der Provinzialverwaltung dort untergebrachten Kranken und Irren in eine Provinzialanstalt zu verbringen sind.

Es ist heute nicht ohne Interesse, einen Brief zu lesen, den der „berühmte Arzt“ der Anstalt Marienberg, Dr. Capellmann, „Sanitätsrat“, in Nr. 62 der „Dtsch. Mediz. Wochenschrift“ veröffentlicht hat, der sich, nachdem kurz vorher in jenem Fachblatt die Angelegenheit des Geistlichen Forbes erwähnt worden war. Herr Capellmann schreibt:

„Die Sachlage ist zur Zeit die, daß die königliche Staatsanwaltschaft zu Aachen nach mehr als dreimonatlicher Untersuchung über den Fall Forbes die Unteruchung gegen die Anstalt eingestellt hat, daß die gegen die Einstellung seitens des „Correspondenten“, Gastwirts Wollage zu Herbolz, erhobene Berufung seitens der königlichen Oberstaatsanwaltschaft verworfen worden ist, daß der seitens der Direktion der Anstalt Marienberg schon im August vorigen Jahres gegen den p. Wollage gestellte Strafantrag wegen verurteilender Verleumdung durch die königliche Staatsanwaltschaft zu Aachen der königlichen Staatsanwaltschaft zu Hagen überwiesen worden, und daß endlich die königliche Staatsanwaltschaft zu Hagen seit längerer Zeit mit der Unteruchung gegen den p. Wollage beschäftigt ist. Die Anstaltsdirektion hat kein Mittel, den Verlauf der Unteruchung zu beeinflussen, sie hat aber auch keine Veranlassung, während in die Unteruchung einzugreifen; je gründlicher die Unteruchung geführt wird, um so besser. Bevor jedoch die Unteruchungen und die eventuellen Gerichtsverhandlungen abgeschlossen sind, dürfte eine Verwertung des „Falles Forbes“ als Material zu Reformvorstellungen recht verfruchtbar erscheinen. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung, wenn gewünscht, mit meinem Namen, in die nächste Nummer, da die oben zitierte Stelle leicht die Ansehung finden könnte, die Darstellung des Wollage könne nicht widerlegt werden. Die Direktion hat es nicht für anständig gehalten, mit dem Wollage sich in einen Zeitungskrieg einzulassen, muß aber erwarten, daß ihr dieses anständige Schweigen seitens der wissenschaftlichen Literatur nicht falsch ausgelegt werde.“

— Die „Berliner Korr.“ meldet: Der Gehelme Regierungs- und Medizinalrat Dr. Ernst in Aachen, dessen Pensionierung bevorsteht, ist bereits bis auf weiteres beurlaubt.

Hamburg, 13. Juni. Von den fremden Fahrgeigen, die zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanal hier angeliefert wurden, sind der amerikanische Aviso „Marblehead“, der spanische Aviso „Marques de la Ensenada“, der österreichische Torpedojäger „Trabant“, die italienischen Aviso „Aretusa“ und „Savio“, und der englische Minionschiff „Albert“ auf der Elbe eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Juni. In der Klubitzung der vereinigten Klinken erklärten sämtliche Redner, das Festhalten des Polenklubs und des Hohenwartklubs an der Errichtung des slowenischen Gymnasiums in Cilli der Klinken das Verbleiben in der Koalition unmöglich mache. Alle Redner wiesen entschieden die einseitigen Ausführungen der polnischen und der liberalen Abgeordneten im Budgetauschuss gegen die Klinken zurück. Besonders

scharf wurde der Minister Maderholl angegriffen, weil er in schroffer Weise gegen die Klinken gesprochen hatte. Man hob hervor, daß Maderholl seinerzeit nur in Folge des Eintretens der Klinken für ihn das Unterrichtsministerium erhielt. Andererseits wurde erklärt, daß mit dem Austritt aus der Koalition nicht bis zur Entscheidung durch das Abgeordnetenhaus selbst zu warten sei, sondern daß der Austritt sofort vollzogen werden müsse, sobald die Abstimmung im Budgetauschuss gegen die Klinken erfolgt sei. Da diese Abstimmung am Sonnabend bevorsteht, wird die Klinken am Montag wieder eine außerordentliche Klubitzung abhalten, in der binde Beschlüsse gefaßt werden sollen. Der heutige Klubitzung wohnten Plener und Wurmbach, ferner Schumacher bei. Plener antwortete auf die gegen ihn und die Gesamtregierung gerichteten Vorwürfe, daß die Regierung selbst ihre Tage als gezählt betrachte. Seine Rede machte Eindruck. Die Stimmung der Klinken ist jetzt denn je. Ihre einstimmige Haltung macht besonders bei den Polen tiefen Eindruck. Diese machen, um eine schwere Verwicklung zu vermeiden, den Vorschlag, die Entscheidung über Cilli um ein Jahr hinauszuschieben, was allerdings den Austritt der Slowenen aus dem Hohenwartklub und in weiterer Folge die Mandatniederlegung Hohenwarts, der sich mit den Slowenen in der Ciller Frage solidarisch sieht, bedingen würde. Die Polen halten aber diesen Vorschlag der Klinken für das kleinere Übel, da bei dem Austritt der Klinken aus der Koalition die Auflösung des Parlaments nach Schluß der Delegationen unvermeidlich wäre. Eine andere Lösung befände darin, daß das Parlament ein scheinmoralisches Budgetprovisorium bewilligt. Das Ministerium würde dann zurücktreten und ein anders zusammengelegtes Koalitionskabinet berufen werden. Ein augenblickliches Ausfallsmittel geht dahin, die Abstimmung über den Budgetposten Cilli in dem Budgetauschuss jetzt überhaupt nicht vorzunehmen und mit der Entscheidung bis zum Schluß der Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus zu warten; dadurch wäre eine Frist von einigen Wochen gewonnen, während deren eine glückliche Austragung der Angelegenheit versucht werden soll. Der Statthalter von Galizien Graf Badeni tritt morgen hier ein. Badeni ist sowohl der Vertrauensmann des Kaisers als des Polenklubs. Er wird seine Zeit an der Bildung des Koalitionskabinetts mit, an dessen Spitze selbst zu treten er ablehnt. Man nimmt an, Badeni werde vermittelnd eingreifen und die Beilegung der Klinken für die nächste Zeit ermöglichen, falls aber der Austritt des Ministeriums unvermeidlich wäre, wird zweifellos an Badeni die Aufforderung zur Neubildung des Kabinetts ergehen. Dann wären also der Minister des Inneren und der österreichische Ministerpräsident Polen.

Wien, 13. Juni. Die Folge des Austritts der Klinken aus der Koalition, der voraussichtlich am Montag erfolgen wird, dürfte darin bestehen, daß wahrscheinlich bereits am Montag das Kabinet dem Kaiser sein Entlassungsgesuch unterbreiten wird und daß das Kabinet zunächst mit der Weiterführung der Geschäfte betraut werden wird.

Schweiz.

Bern, 13. Juni. Das französisch-schweizerische Handelsabkommen von 1892 wurde von der französischen Kammer verworfen, nachdem die Schweizer Bundesversammlung es bereits genehmigt hatte. Ein neues Uebereinkommen mit Frankreich würde daher der Bundesrat der Bundesversammlung nicht vorlegen, bevor die französische Kammer es ratifiziert hat. Frankreich fordert jetzt teilweise höhere Zölle als im Jahre 1892.

Belgien.

Brüssel, 12. Juni. Die heutige Kammeritzung hat endgültig über das Schicksal der Schutzollvorlage entschieden, das Ministerium geht aus dem heißen Kampfe als Sieger hervor, und alle vorgelegenen Schutzolle finden mit mehr oder minder großen Mehrheiten Annahme. Die Abstimmungen erweisen, daß sich die Regierung mit den verschiedenen Gruppen der Schutzollner verständig hat und auch die Agrarier mit den schutzollnerischen Industriellen handelseins geworden sind. Selbst die christlichen Demokraten, Antwerpen und Brüsseler Deputierte, die vor ihrer Wahl sich ausdrücklich verpflichtet hatten, feuerlei Schutzollen zuzustimmen, sind abgegangen und stimmen mit der Regierung. Im Beginn der Sitzung brachte der neue Unterrichtsminister Herr Schollaert unter dem lauten Beifall der Klinken das neue Schulgesetz ein — eine Vorlage, die ersichtlich in der liberalen Mehrheit sofort die angenehmste Stimmung für die Regierung hervorbrachte. Der Justizminister Begeman überreichte sodann „auf Verleib des Königs“ die Richterstellen am Brüsseler Appellhof und an den Handelsgerichten vermehrte Vorlage — da er jedoch von der Subskribentenliste aus mit donnernder Stimme die Worte: „Sie und der Papstkönig (Roi de Carton) sind alle Weiber Pöpsel!“ Der Vorsitzende der Kammer Herr Vermeert erwiderte, der Justizminister hielt betreten seine Rede an, die Deputierten erhoben sich und blickten starr zu der Tribüne hinan, in welcher man an der Erklärung eines starken gut geleiteten Herrn erkannte, der den Ruf ausgehoben hatte und mit nichtiger Verleumdung auf die im Saal hervorgerufene Verwirrung blickte. Endlich gewann der Kammerpräsident seine Fassung wieder und beschloß mit lauter Stimme, den Klinken sofort hinauszuweisen und festzunehmen. Zu demselben Augenblick ertönte auf Verleib des Königs der Hohenwartklub zum ersten Male die seit dem Baitallischen Aufstande in der französischen Kammer im Brüsseler Nationalpalast angebrachten Wardsignale; alle Ausgänge des Nationalpalastes wurden geschlossen; die Wache haltenden Karabinier pflanzten ihre Bajonnetten auf und besetzten alle Ausgänge. Die Hüfners der Kammer und die Karabinier stürzten sich auf den noch Unbekannten, der in ihrer Mitte gehobenen Hauptes den Saal verließ und zum Verhöre nach der Klinken geführt wurde. Nach diesem aufregenden Zwischenfalle trat die Kammer in die Beratung der Schutzollvorlage ein. Alle von dem Ministerium vorgelegenen Schutzolle wurden angenommen und zwar für je 100 Kilogramm präparierter Kalas 50 Franks, alle mit Zucker bereiteten Konferven, Backwerke, Kuchen, überzuckerten Früchte, alle mit Zucker präparierten und angefertigten Waren, Marmeladen, Marmeladen, Bisquit, Feuchtsäfte 30 Franks, alle anderen Konferven 12 Franks, Pfefferkuchen und Honig 18 Franks. Der Hauptkampf entspann sich um die Einfuhrzölle auf Butter und Margarin — 20 Franks

für je 100 Kilogramm. Hier hatte die Opposition alle ihre Kräfte vereinigt und glaubte sich ihres Sieges sicher, aber der Führer der christlichen Demokraten Abbé Daens sprach sich für diese Zölle aus und auch der Brüsseler Deputierte Graf von Uxell fiel ab und so fanden auch diese Zölle mit 79 gegen 68 Stimmen Annahme; vier Deputierte enthielten sich der Abstimmung. Diese Abstimmung erweist, daß von den 152 Deputierten nur ein einziger fehlte! Damit ist die Gesamtannahme der Schutzollvorlage entschieden. Inzwischen waren in der Klinken der Kammer durch den Fernschreiben berufen Generalstaatsanwalt van Schoor, Staatsanwalt Willemaers, Untersuchungsrichter Wellens erschienen, um den Klinken vorzuverhören. Er erklärte, der 42 Jahre alte, in der Klinken b'Anvers anfangsige Geschäftsmann Jacobs war ein und gab zu, daß er wegen anrüchlicher Geschäfte wiederholt mit den Klinken in Konflikt gekommen und bestraft worden ist. Von 1891 bis 1893 hat er im Gefängnisse gesessen; Jacobs betrachtet sich als ein Opfer der Justiz. Da er wegen Beschimpfung der königlichen Person von dem Brabantischen Schwurgerichte abzuurteilen ist, so wurde seine Inhaftnahme angeordnet und Jacobs nach dem Gefängnisse der Vorstadt Saint Gilles übergeführt. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter erklärte er, weder der König noch den Justizminister zu kennen. Ich habe in der Kammer den Ruf ausgehoben, am festgenommen und vor das Schwurgericht zu verweisen zu werden, damit ich Gelegenheit finde, mich über meine früheren Verurteilungen auszusprechen.“

Brüssel, 13. Juni. Die Repräsentantenkammer nahm mit 77 gegen 67 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, die von der Regierung vorgelegenen Zölle von 2 Franks auf Mehl und von 4 Franks auf Dazermehl an.

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Eine Drahtung des Generals Duchesne meldet die Einnahme von Nebatanana. Oberst Gillon ist an der Ruhr gestorben. Die Einnahme von Nebatanana durch die französischen Truppen erfolgte am 9. d. M. Morgens. Das Granatenfeuer zweier Geschützbatterien hatte genügend Erfolg, um die Hovas zur Flucht zu veranlassen. Zwei französische Schützen wurden leicht verwundet; die Truppen müssen große Strapazen aushalten. Die Kanonenboote fahren ohne Schwierigkeiten den Fluß hinauf.

Italien.

Rom, 13. Juni. Der Kammerpräsident hat durch die Ernennung der Wahlprüfungskommission angelegene Anregung in den ministeriellen Kreisen erweckt. Er ernannte unter Anderen die beifälligen Gegner Crispien: Rudini, Zanardelli, Brin und Cavallotti, dessen Ernennung als eine persönliche Beleidigung gegen Crispien ausgelegt wird. Crispien droht denn auch abzugeben. Um das zu verhindern, findet heute Abend eine Versammlung der ministeriellen Partei statt, die wahrscheinlich die Abkantung des Kammerpräsidenten Villa beabsichtigt wird. Cavallotti hat die vorbereitete Salsolance wegen der Affaire Herz auf Eis abzuverlag.

Rom, 13. Juni. Die gesamte ministerielle Partei ist empört gegen Villa. Wegen der zu großen Aufregung wurde die Majoritätsversammlung verlagert. Nach dem Ministerrat wird Crispien mit dem Könige konferrieren. Die parlamentarische Lage wird schwierig.

Spanien und Portugal.

Madrid, 13. Juni. (Meldung der „Central News of Germany“.) Ruiz Jorilla, der berühmte spanische Parteiführer der Republikaner, ist um 7 Uhr in Burgos an einer Gehirnblutung gestorben. Er stand im Begriff, nach einem neu erbauten Hause in Tablada umzusiedeln und erlitt dabei am Montag eine Augenoperation, welche auch das Rückgrat in Mitleidenhaft zog. Durch diesen Verlust ihres Führers wird die völlige Auflösung der republikanischen Partei in Spanien unvermeidlich.

Großbritannien und Irland.

London, 13. Juni. Unterhaus. Ray-Shuttleworth erklärte, es sei ein Kriegsschiff nach Madagaskar beordert worden, um die britischen Unterthanen zu schützen und Vorkehrungen für deren Wegführung zu treffen, wenn die Notwendigkeit dazu eintritt. Unterstaatssekretär Grey erklärte, eine Abtheilung nicht bevollmächtigter Beamter unter Führung der Leutenants Filater und Bonity sei nach Sanafir abgegangen. Sie sollen jedoch beauftragt werden, die Verleumdungen zwischen Klinken und dem Klinken-See zu verbessern, nicht aber an dem Eisenbahnbau teilzunehmen. Die russische Regierung habe die Zusage gegeben, eine eingehende Unteruchung zu veranlassen wegen des Angriffs auf die Dammollenfabriken in Tifliss bei Moskau und wegen der Ermordung Granzafas durch den Kaiser. Auch würden von den Lokalbehörden Maßnahmen getroffen werden, um ferneren Unruhen vorzubeugen. Des Ferneren erklärte Unterstaatssekretär Grey: Die englische Regierung ziehe in Betracht, daß die Verpflichtung Auslands, nicht koreanisches Gebiet für Ausgrenzung, noch bestünde, diese Verpflichtung Auslands bestünde sich aber nur auf koreanisches Gebiet. Das Haus nahm sodann einen Antrag des Schatzsekretärs Harcourt an, daß das Haus die ganze noch übrige Zeit der Sitzungsperiode auf die Erlebung der Regierungsgeschäfte verwenden solle. Im Verlaufe der Debatte erklärte Harcourt, es sei die Absicht der Regierung, die hauptsächlichsten Gelegenheiten so vorwärts zu bringen, bis dieselben noch in dieser Sitzungsperiode zu Gesetzen erhoben würden.

Rußland.

Petersburg, 5. Juni. Die russischen Landkassen zeigen sich sehr beunruhigt, daß die Regierung den Anlauf von Getreide für die Staatsvorräte nach kurzer Zeit wieder eingestellt hat. Das Ziel dieser Staatsläufe sei eingestandenemmaßen doch gewesen, die niedrigen Getreidepreise zu heben, aber man könne nicht sagen, daß dieses Ziel erreicht worden sei, im Gegenteil habe die Lage der Getreideproduzenten durch die kurze Dauer der Staatsläufe noch eine Verschlechterung erfahren. Ein großer Teil der Bevölkerung habe auf den Staat die Hoffnung gesetzt, seine Lage verbessern und das Getreide wenigstens ohne Verlust verkaufen zu können. Ueberall habe man sich weilt, den Getreideandrang zu beenden und Verkaufspartien fertig zu stellen, in Folge dessen die Arbeiterlöhne bedeutend in die Höhe gegangen wären. Jetzt werde der Kauf eingestellt, ehe er

nach eigentlich begonnen hätte. Die Samarkandische Kreislandkassenz. B. hätte im Ganzen nur zwei Wochen für ihre Operationen zur Verfügung gehabt und in dieser Zeit nur 100 000 Rub. zum Preise 50 000 Rubel für den Staat angekauft; andere Landkassen hätten noch gar nicht einmal mit dem Kaufe begonnen, sondern erst ihre Vorbereitungen getroffen. Von der plötzlichen Einstellung der Staatsläufe hätten nur die privaten Aufkäufer Nutzen gezogen. Die Bauern hätten in Erwartung eines sicheren Abfahrs ihr Getreide oft 40-50 Werst weit nach den größeren Handelsplätzen für Getreide geführt und hier erst erfahren, daß von Staatswegen kein Getreide mehr gekauft wird. Die Preise wären in Folge dessen um 10-15 Kop. per Rub gefallen und die Aufkäufer hätten, wie gesagt, vorzählige Geschäfte gemacht. Die Landkassen suchen deshalb auch vielfach darum nach, daß die Staatsankäufe von Getreide wieder ausgenommen werden. So traurig die Lage der Landwirtschaft aber auch in einzelnen Theilen des Reiches sein mag, so kann man sich doch nicht der Einsicht verweigern, daß eine eventuelle Gewährung dieses Gesuches über kurz oder lang nur wieder zu denselben schlimmen Folgen führen muß, die jetzt beklagt werden. Die Staatsankäufe lassen sich nicht als Ungemeine Reizern, dagegen ist die Hoffnungen der Produzenten ins Ungemeine, und das Resultat muß natürlich Enttäuschungen sein. Zudem steht die neue Ernte in kurzer Zeit vor der Thür, so daß an den Staat schließlich Anforderungen hervortreten würden, deren Befriedigung unmöglich ist. Die Staatsläufe haben die schlimmen Folgen, daß sie den Produzenten abhalten, der regulären privaten Nachfrage entgegen zu kommen. In der Hoffnung auf ein Steigen der Preise wird der günstige Moment zum Absatz des Getreides verpaßt. Es scheint, daß die Regierung sich diese Erwägungen gleichfalls angestellt hat und sich daher von der Einmischung in den Getreidehandel zurückziehen sucht.

Japan.

Yokohama, 13. Juni. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Amlich wird gemeldet, daß in Taipeih und Samui auf Formosa Ruhe herrscht. Die Ordnung wird jetzt von den japanischen Behörden aufrechterhalten; die japanische Verwaltung ist offiziell in Kraft getreten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Juni. Der nunmehrige Polizeipräsident von Berlin v. d. Lindheim ist geboren am 27. Juni 1857 zu Gr.-Döberleben. Er ist 1879 zum Gerichts-Referendar, 1881 zum Regierungs-Referendar und 1884 zum Regierungs-Rat ernannt worden. Nachdem er im Januar 1886 mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts Ragnitz betraut worden war, wurde er im Juli desselben Jahres Landrat des Kreises. 1894 wurde er zur kommissarischen Verhütung im Ministerium des Inneren ernannt und im April 1895 zum Polizeipräsidenten in Stettin ernannt, von wo er nunmehr scheidet, um das Berliner Polizeipräsidium zu übernehmen.

— Der Kaiser wird die ihm von der Stadt angebotene Oberfahrt am 9. September d. J. mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Sachsen unternehmen.

— Vor dem Straßhof des Kammergerichts in Berlin gelangte gestern in der Revisionssitzung eine für den gesamten Handelsstand sehr wichtige Frage zu einer bisher ohne Präjudiz befindlichen und nunmehr für Preußen maßgebenden Entscheidung. Der derselben zu Grunde liegende Thatsachensatz ist in kurze folgende. Meyere Kaufleute zu Schöned in Westpreußen waren, weil sie ihre Lehrlinge nicht an dem Unterricht in der dortigen Fortbildungsschule hatten Theil nehmen lassen, der Uebertretung eines dortigen Orthsatzes vom 10. Oktober 1891, wonach „alle gewerblichen Arbeiter“ die betreffende Fortbildungsschule besuchen sollen, sowie der des § 150, 4 der Gewerbeordnung angeklagt, aber vom Schöffengericht zu Schöned freigesprochen worden, weil dieses der Ansicht war, daß Handlungsbefreiung nicht unter den Begriff der gewerblichen Arbeiter zu rangieren seien. Die Strafkammer zu Pr. Stargard war indeß gegenwärtiger Ansicht, hob deshalb die Vorentscheidung auf und verurtheilte die Angeklagten zu je 1 1/2 Mark Geldstrafe. Hiergegen legten die Angeklagten Revision bei dem Oberlandesgericht Marienwerder ein, welches sich aber für unzuständig hielt und die Sache an das Kammergericht abgab, welches nunmehr in der Revisionssitzung eintrat. Die Oberstaatsanwaltschaft beantragte Zurückweisung der Revision, und der Senat erkannte auch nach diesem Antrage, indem er der Ansicht war, daß das betreffende Orthsatz nicht rechtskräftig, auch ohne Rechtsirrtum angewandt sei, und dann des Weiteren ausführte, daß auch gar nicht abzu-sehen sei, warum die Handlungsbefreiung nicht von den gewerblichen Arbeitern zu rechnen sein sollten, da sie ja im Handelsgewerbe beschäftigt seien.

— Nach den im zweiten Vierteljahrsheft 1895 zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlichten Nachweisen sind während des Jahres 1894 bei den inländischen Seemannsämtern 16 265 Vollmatrosen und 1748 Schiffsjungen, die vorher auf Kaufahrtschiffen noch mitgefahren waren, für die deutsche Handelsmarine angemustert worden. Die Zahl der angemusterten Vollmatrosen war ebenso hoch als 1893 (16 264) und nur um wenig geringer als 1891 (16 263), in welchem Jahre die Zahl dieser Angemusterten den höchsten Stand erreicht hatte. Die Angemusterten von unbefahrenen Schiffsjungen sind bei 1890, in welchem Jahre ihre Zahl 2388 betrug, vom Jahr zu Jahr geringer geworden und waren 1894 weniger zahlreich als in den neun vorangegangenen Jahren. Dieser Rückgang erscheint darin begründet, daß die Zahl der kleineren und mittleren Schiffe, welche vorzugsweise Jungen angemustern, abnimmt, während auf den Dampfschiffen, deren Zahl zunimmt, die Angemusterten von Schiffsjungen nur in geringerem Maße stattfindet. Die neben Verfassung bezüglichen Steuern betragen durchschnittlich für Vollmatrosen 51,16 und für unbefahrene Schiffsjungen 14,13 Mark im Monat. Seit dem Jahre 1891 sind die Steuern, die damals für die Vollmatrosen zu 56,81 und die unbefahrenen Schiffsjungen zu 16,64 Mark durchschnittlich ermittelt worden waren, von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Im Nordseegebiet sind die Steuern der Vollmatrosen (1894: 52,32 Mark) regelmäßig höher als im Ostseegebiet (1894: 46,64 Mark), während

Newport, 13. Juni, Abends 6 Uhr.		
	13.	12.
Haumtvolle in Newport . . .	7,25	7,25
do. in Neworleans . . .	6 ¹⁵ / ₁₆	6 ¹⁵ / ₁₆
Petroleum Nohes (in Cases) . . .	8,00	8,00
Standard white in Newport . . .	7,65	7,65
do. in Philadelphia . . .	7,60	7,60
Pipe line certificates nom. . .	154,50	153,00
Schmaltz Western Steam . . .	6,70	6,75
do. Verfeinerung per Juli . . .	6,87	6,85
Zucker Fair refining Moscovadoes . . .	2,87	2,87
Weizen behauptet.		
Rother Winter-loto . . .	82,25	81,87
per Juni . . .	81,37	81,00
per Juli . . .	81,37	81,50
per September . . .	82,85	82,50
per December . . .	84,00	83,87
Kaffee Rio Yr. 7 lotto . . .	16,00	16,00
per Juli . . .	14,55	14,50
per September . . .	14,70	14,65
Mehl (Spring-Weat clears) . . .	3,05	3,05
Maïs behauptet, per Juni . . .	—	—
per Juli . . .	55,62	55,25
per September . . .	56,75	56,37
Kupfer: höchster Preis . . .	10,70	10,70
Getreidefracht nach Liverpool . . .	1,00	1,25
Chicago, 13. Juni.		
	13.	12.
Weizen behauptet, per Juni . . .	78,12	77,75

do. per unit	78,75	78,37
Maïs bezahlt, per Juni . .	50,37	50,00
Portl per Juni	12,30	12,30
Speck short clear	nom.	nom.

Bankwesen.

Paris, 13. Juni. Bankausweis.
 Barvorrath in Gold Franks 2 045 100 000,
 Abnahme 3 585 000.
 Barvorrath in Silber Franks 1 252 419 000,
 Zunahme 1 363 000.
 Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen
 Franks 407 691 000, Zunahme 12 139 000.
 Notenumlauf Franks 3 494 064 000, Abnahme
 22 764 000.
 Laufende Rechnung d. Priv. Franks 450 335 000,
 Zunahme 4 277 000.
 Guthaben des Staatsschatzes Franks 201 050 000,
 Zunahme 15 698 000.
 Gesamt - Vorräthe Franks 298 812 000, Ab-
 nahme 4 200 000.
 Rins- und Discont-Guthaiffe Franks 7 505 000.

Guthaben der Privatbank für die Reichsbank 7 525 000,
 Zunahme 299 000.
 Verhältniß des Baarvorraths zum Noten-
 Umlauf 95,51 Prozent.

London, 13. Juni. Bankausweis.
 Totaleserve Pfd. Sterl. 28 704 000, Zunahme
 968 000.
 Notenumlauf Pfd. Sterl. 25 494 000, Abnahme
 592 000.
 Baarvorrath Pfd. Sterl. 37 393 000, Zunahme
 376 000.
 Portefeuille Pfd. Sterl. 20 634 000, Zunahme
 91 000.
 Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 37 513 000,
 Zunahme 1 730 000.
 Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 8 036 000,
 Abnahme 625 000.
 Notenreserve Pfd. Sterl. 26 001 000, Zunahme
 946 000.
 Rationen- und Sicherheitsfonds Pfd. Sterl. 13 931 000.

Zunahme 10 000. Aktien 10 381 000,
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven
62 $\frac{1}{8}$ gegen 62 $\frac{1}{4}$ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 154 Millionen, gegen die
entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr
15 Millionen.

Schiffsnachrichten.

Lond., 13. Juni. Der vor sieben Wochen
von Alkaby mit 3000 Tonnen Reis nach Europa
abgegangene Dampfer „Queen Anne“ gilt als
mit Mann und Maus verloren, weil derselbe
bislang von keiner Kohlenstation gemeldet wor-
den ist.

Wasserstand.

Stettin, 14. Juni. Im Nevierr 17 5 5
oll = 537 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 14. Juni. Die „Berl. Neuest. Nachr.“ beschäftigen sich heute an leitender Stelle mit den Kommentaren der Presse über die jüngste Rede des Fürsten Bismarck beim Empfang der Deputation des Bundes der Landwirthe. Die „Berl. Neuest. Nachr.“ stellen diesen Kommentaren gegenüber fest, daß der Fürst zunächst mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit ausgesprochen wolle, daß ihm für den jetzigen Gang der Dinge nicht die geringste Verantwortlichkeit obliegt und sie meinen, daß seine Ansprüche an die Landwirthe naturgemäß dankbarer ausfallen müßte als an Studenten oder Gesangsvereine. Fürst Bismarck wolle damit die unrichtigen Vorstellungen, die im In- und Auslande über seinen politischen Einfluß bestehen, endgültig beseitigen. Seit dem März 1890 habe zwischen dem Kaiser und dem Kanzler kein Gedankenaustausch stattgefunden.

Weisse, 14. Juni. (Privat-Telegramm.) Bei der Schließung des Oberbayerischen Infanterie-Regiments wurden zwei Mann der ersten Compagnie durch einen scharfen Schuß tödtlich verletzt. Beide sind heute gestorben.

Peß, 14. Juni. Nachdem 85 Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, ist nur noch ein Streik der Bäcker auszubrechen.

nachts durchzogen viele streifende Vödersgejellen die Straßen und schlugen vor den Häusern der verurteilten Weiber, die ihre Forderungen nicht bewilligt, die Fenster ein. Ein starkes Polzeiaufgebot schlug mit blanker Waffe ein und viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Rom, 14. Juni. (Privat-Telegramm.) Die Meldung, daß das Ministerium gestern demissionirt hat, wird offiziös dementirt.

Rom, 14. Juni. In vatikanischen Kreisen verlautet, der Papst werde in Erwiderung auf einen Passus der Thronrede eine Annodnung erlassen. Gelegentlich der Fährigen Gedenkfeier der Annahme Roms wird der Papst an die Mächte eine diplomatische Note richten, in welcher er gegen den Raub des Kirchenstaats protestirt. Leo XIII. wird selbst eine längere Ansprache über das nämliche Thema halten. Man bezeichnet diesen Theil der Thronrede als große Ungleichheit, besonders in dem Augenblick, wo Griepi die Unterstützung der Katholiken fordert.

Rom, 14. Juni. Gerüchthweise verlautet, daß der Kammerpräsident Billa seinen Rücktritt angemeldet habe; Forbiss werde sein Nachfolger werden.

Essafi, 14. Juni. Der Prokurist der Banca Italia sowie dessen dreizehnjähriger Sohn wurden während eines Spazierganges von den Brüdern Marzettu ermordet. Das Motiv zu dieser That ist unbekannt.

Weteböhrig, 14. Juni. Das Befinden des Kriegsministers Lammowski hat sich gebessert. Er begiebt sich zur Rahtur nach Abas Tuman in Kankasus.